

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

13.1.1889 (No. 12)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 13. Januar.

№ 12.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. Januar 1889 gnädigst geruht, den Fabrikanten Rudolf Heusch auf sein unterthänigstes Ansuchen von dem Amte eines stellvertretenden Handelsrichters bei der Kammer für Handelsfachen am Landgerichte Mannheim auf den 1. März 1889 zu entheben.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Januar.

Der preussische Landtag wird am nächsten Montag eröffnet werden und da nach der Wiederaufnahme der Reichstagsitzungen auch die Budgetkommission des Reichstags gestern ihre Arbeiten wieder aufgenommen und die Kommission für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter die ihrigen begonnen hat, so erreicht die parlamentarische Thätigkeit in diesen Tagen ihren Höhepunkt. Der Reichstag ist in den ersten Tagen nach der Beendigung der Ferien noch etwas schwach besucht gewesen, doch dürfte sich dies bald ändern, da dem Anschein nach schon für die nächste Woche wichtige Verhandlungen bevorstehen. Im Wesentlichen wird den Reichstag in den nächsten beiden Wochen wohl der Etat beschäftigen, nach dessen Erledigung man, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, eine Pause in den Plenarberatungen eintreten lassen will, um dem preussischen Landtag freiere Zeit für seine Arbeiten zu lassen. Es handelt sich hierbei selbstverständlich um vorläufige Dispositionen, von denen noch nicht gesagt werden kann, ob sie sich durchführen lassen. Mit lebhafter Befriedigung hat man in der Bevölkerung vernommen, daß unter den Mitgliedern der Kommission für die Alters- und Invalidenversicherung die Ansicht herrscht, es werde auch bei gründlicher Prüfung der zu der Vorlage eingegangenen Abänderungsanträge gelingen, das Gesetz in dieser Lage zum Abschluß zu bringen. Es ist sehr zu wünschen, daß diese Hoffnung in Erfüllung geht und die gegenwärtige Reichstagsession damit zu einem Markstein auf dem Wege der arbeitervriendlichen Gesetzgebung des Deutschen Reiches werde.

General Boulanger hält zwar keine Versammlungen im Seine-Departement ab, aber er setzt an die Stelle des gesprochenen Wortes das geschriebene, von dem er sich vielleicht eine größere und allgemeinere Wirkung verspricht. Wie aus Paris gemeldet wird, beantwortete er den Maueranschlag seiner Gegner: „Kein Sedan!“ mit einem neuen Manifest, in dem er sagt, diese Parole sei ein Appell an die Feigheit. Frankreich habe kein Sedan mehr zu fürchten. Es verlange entschieden den Frieden, sei aber stark genug, sich gegen Herausforderungen zu vertheidigen und die Stürme zu bestehen, von denen es bedroht werden könnte. Boulanger schließt seine Erklärung mit den Worten: „Um ein neues Sedan zu verhindern, wollen wir uns der Vertheidigung des Wohlstandes des Landes und seiner jetzt vergeudeten Schätze weihen.“ Was die Herausforderungen betrifft, denen das arme Frankreich ausgelegt ist, so genügt zur Kennzeichnung dieser Phrase wohl der Hinweis auf den Vorgang in Deutsch-Avrancourt, wo französische Beamte es abgelehnt haben, den Urheber eines am Gebäude des deutschen Zollamts verübten Gewaltstreiks zu ermitteln.

Das Reichsversicherungsamt hat bezüglich des Formats und der Schrift der in den Fab.iken auszubehenden Unfallversicherungsbescheinigungen den Genossenschaften anheimgegeben, bei einem etwaigen Neubud der zum Auszuge bestimmten Vorschriften darauf Bedacht zu nehmen, daß diese Plakate eine das Lesen erleichternde Form, bei welcher die Breite die Höhe überwiegt, erhalten und daß die Vorschriften für die Betriebsunternehmer von den Vorschriften für die Arbeiter, wenn möglich, völlig getrennt, gegebenen Falls auch die letzteren wieder in einzelnen für die Betriebszweige getrennten Plakaten in genügender Größe und möglichst großer Schrift hergestellt werden.

Deutschland.

Berlin, 11. Jan. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben am gestrigen Nachmittag Ihre Königliche Hoheit die Herzogin Wilhelmine von Wiedenburg-Schwerin, Prinzessin Alexandrine von Preußen, sowie Seine Königliche Hoheit den Prinzen Friedrich Leopold und den Flügeladjutanten Prinzen Neuf und Gemahlin als Gäste bei sich zur Mittagstafel im hiesigen königlichen Schlosse. Gegen 4 Uhr begab sich Seine Majestät der Kaiser nach der Kaserne des Gardefüsilierregiments, um das genannte Regiment zu alarmiren. Demnächst nahm Allerhöchstdieselbe mit dem Offizier-

corps gemeinsam das Diner ein und kehrte alsdann von der Kaserne aus Abends gegen halb 10 Uhr nach dem königlichen Schlosse zurück. Am heutigen Vormittag nahm der erlauchte Monarch die regelmäßigen Vorträge entgegen und arbeitete einige Zeit allein. Gegen 12 Uhr unternahm Seine Majestät eine Ausfahrt. Abends 9 Uhr findet bei den Kaiserlichen Majestäten im Pfeiseraal des hiesigen königlichen Schlosses eine musikalische Abendunterhaltung statt, zu welcher etwa 70 Einladungen ergangen waren. Unter den Geladenen befinden sich die Mitglieder der königlichen Familie und hier anwesende Fürslichkeiten, höhere Offiziere, Diplomaten und andere hochgestellte Personen.

Ihre Majestät die Kaiserin begab sich heute Mittag gegen halb 1 Uhr nach dem königlichen Palais und stattete dort Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta einen längeren Besuch ab.

Ihre Majestät die Kaiserin Augusta unternahm am heutigen Nachmittag eine etwa einstündige Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Gestern Abend sah Allerhöchstdieselbe die Großherzogin und die Erbgrößherzogin Badischen Herrschaften und einige andere distinguirte Personen als Gäste bei sich zum Thee im königlichen Palais. Heute Nachmittag 5 1/2 Uhr fand im königlichen Palais aus Anlaß der Anwesenheit der Großherzogin Badischen Herrschaften ein Diner von etwa 30 Gedecken statt.

Ihre Königl. Hoheiten der Erbgrößherzog und die Erbgrößherzogin von Baden besuchten am heutigen Vormittag das Kunstgewerbemuseum, wo Höchstdieselben längere Zeit verweilten, und nahmen darauf auch noch einige andere Sehenswürdigkeiten in Augenschein. Gestern Mittag hatten die Großherzogin und die Erbgrößherzogin von Baden Ihre Majestät die Kaiserin Augusta nach dem Augusta-Sißt zu Charlottenburg begleitet. Am Nachmittag entsprochen der Erbgrößherzog und die Erbgrößherzogin von Baden einer Einladung des Großh. badischen Gesandten am hiesigen Hofe, Frhrn. v. Marschall, zur Tafel in der badischen Gesandtschaft in der Behrenstraße und am Abend nahmen Höchstdieselben den Thee bei ihrer Majestät der Kaiserin Augusta im königlichen Palais ein.

Dem hiesigen Stadtverordnetenkollegium ist auf die zum Jahreswechsel an Seine Majestät den Kaiser gerichtete Glückwunschadresse folgendes Antwortschreiben zugegangen:

Die Glück- und Segenswünsche, welche Mir von den Stadtverordneten zum Jahreswechsel dargebracht worden sind, habe Ich gern entgegengenommen und spreche dafür Meinen aufrichtigen Dank aus. Die Mir wohlbekannte treue Anhänglichkeit der Bürgerschaft Berlins hat Mir schon mehrfach herliche Freude bereitet, wie auch Mir es eine besondere Liebesspflicht ist, für das Wohl der Einwohnerlichkeit Meiner Haupt- und Residenzstadt landeswäiterlich zu sorgen. Berlin, 4. Januar 1889.

gez. Wilhelm R.

Bezüglich des Wettbewerbs für ein Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. liegt es, wie man der „Köln. Ztg.“ meldet, in der Absicht, den Weg einzuschlagen, daß zunächst eine allgemeine bildliche Darstellung und dann erst die Lieferang eines Modells verlangt werden wird.

Von Deutsch-Avrancourt wird telegraphisch gemeldet, daß ein unbekannt gebliebener Franzose in der Nacht vom 9. zum 10. Januar vier Fensterhebeln des dortigen Zollamtsgebäudes zertrümmert und verschiedene Schriftstücke hineingeworfen hat, von denen eines den nachfolgenden Wortlaut hat: „Republique française, aux armes, qui vive! France! violation de frontière, acte prémédité r.— e.—“ Dazu bemerkt die „N. A. Z.“:

Wir sind seitens der Franzosen an Schlimmeres gewöhnt und werden uns deswegen nicht ereifern. Jedoch wollen wir bei dieser Gelegenheit auf einen neuen Beitrag zur Darstellung des Rechtsgeföhls und des Rechtschutzes in Frankreich hinweisen: die französischen Beamten haben sich nämlich geweigert, die erforderlichen Schritte zu thun, um den Helden der letzten patriotischen That zu ermitteln.

Stuttgart, 11. Jan. Die Einberufung des Landtags ist, wie der „Schwäb. Merk.“ versichert, auf Dienstag den 29. Januar in Aussicht genommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Jan. In der Hofburg fand heute zu Ehren der russischen Militärdeputation ein größeres Diner statt. Demselben wohnte auch der russische Militärattaché Zoloff bei. — Die Rede des Unterrichtsministers Grafen Csaky im ungarischen Abgeordnetenhaus hat hier große Aufmerksamkeit erregt und wird von der Presse als eine politisch bedeutsame Kundgebung besprochen. Insbesondere betont auch das „Fremdenblatt“ die politische Tragweite der Rede in einem längeren Artikel (aus dem wir weiter unten einen Auszug geben). Heute begann im ungarischen Abgeordnetenhaus

die Generaldebatte über das Wehrgesetz. Für dieselbe sind 45 Redner vorgemerkt. Der Berichterstatter der Kommission sowie der Honvedminister Fejervary begründeten die Vorlage aufs eingehendste. Der Unterrichtsminister Csaky erklärte, daß er genau dieselbe der Vorlage unbedingt zustimmende Stellung einnehme, wie sein Vorgänger im Amte, und begründete alsdann die im Interesse der deutschen Sprache erlassene Verfügung. Der Minister wies dabei darauf hin, daß im Jahre 1883 die deutsche Sprache unter die obligatorischen Unterrichtsgegenstände bei den Mittelschulen aufgenommen worden sei. Die Gesetzgebung habe damit anerkannt, daß es für jeden Gebildeten unbedingt notwendig sei, außer der vaterländischen Sprache noch eine fremde lebende Sprache zu kennen, und daß, abgesehen von dem staatsrechtlichen Bande, welches Ungarn an Oesterreich knüpfe, die deutsche und ungarische Kultur einander am nächsten ständen. Die Gesetzgebung sei weise vorgegangen, als sie als jene fremde lebende Sprache die deutsche angenommen habe. Die Erfahrungen seit dem Jahre 1883 und die letzten Reifeprüfungen hätten jedoch die mangelhafte Durchführung des gedachten Gesetzes erwiesen, mit dem jegigen Erlaß werde nur die gründliche Durchführung des Gesetzes vom Jahre 1883 bezweckt. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zu der Rede des neuen Unterrichtsministers Grafen Csaky im ungarischen Abgeordnetenhaus schreibt das Wiener „Fremdenblatt“ Folgendes: „Selbstbewußt, aber zugleich durch seine staatsmännische Ueberzeugung gestärkt, hat Graf Csaky im ungarischen Abgeordnetenhaus seinen vollständigen Bruch mit der Politik und den Traditionen des „Nix-Deutsch“ vollzogen und verkündet. Das in der Mitte der ungarischen Legislative ausgesprochene Wort darf die Bedeutung eines Ereignisses beanspruchen. Es ist die offene Ablage an eine überholte Vergangenheit. Es ist der Anstoß des freien Ungarn an die Gegenwart. Die Heftigkeit, mit welcher die Opposition gegen den Erlaß des Grafen Csaky anstürmte, die Energie, mit welcher der Minister seine Ansichten über die Nothwendigkeit der Kenntniß der deutschen Sprache in Ungarn verfochten, treten in einer Weise in den Vordergrund, daß sie das Interesse an der eigentlichen Wehrgesetz-Debatte für einen Augenblick zurückdrängen müßten. In allen Ländern sei die Nothwendigkeit der Kenntniß einer zweiten Sprache unbestritten. In Ungarn müßte dies von der deutschen Sprache gelten, und zwar weil, selbst wenn man vom staatsrechtlichen Verbands mit Oesterreich absehen würde, die deutsche Kultur Ungarn am nächsten liege. So meinte Graf Csaky, welcher sodann die heftigen Unterbrechungen des Chauvinismus mit der Bemerkung zurückwies: „Der gute Ungar nur noch ein besserer Ungar, wenn er auch Deutsch weiß, denn er kann der ungarischen Nationalkultur bessere Dienste leisten.“ Die Politik des „Nix-Deutsch“, meinte Graf Csaky schließlich, sei damals berechtigt gewesen, da die ungarische Selbstständigkeit erst errungen werden mußte. Jetzt, da das ungarische Staatswesen vollständig frei ausgebildet sei, sei sie nicht mehr notwendig. Bedarf die Bedeutung dieser Worte noch einer ferneren Erläuterung? Eine ganze Epoche der Feindseligkeit gegen die deutsche Sprache wird damit geschlossen, eine andere Ära eröffnet. Ungarn erklärt nunmehr, seine Nationalität sei genügend stark entwickelt und bewehrt. Sie bedürfe des Chauvinismus nicht mehr. „Der gute Ungar wird auch ein besserer Ungar, wenn er auch Deutsch weiß.“ Daß diese Worte von einem ungarischen Minister im ungarischen Parlamente ausgesprochen wurden, das ist ein Ereigniß, dessen Wichtigkeit nicht unterschätzt werden kann, und wenn dieser Ueberzeugung auch die Wirksamkeit des Unterrichtsministers durch einige Zeit nur entsprechen wird, dann wird durch die deutsche Sprache nicht allein ein festeres Band zwischen Ungarn und der Kultur, sondern auch zwischen den beiden Reichshälften insofern geschaffen sein, als der noch in manchen Winkeln des Parteilebens fortbauende Antagonismus gegen das Deutschthum schwinden wird. „Der gute Ungar wird auch ein besserer Ungar, wenn er auch Deutsch weiß.“ Können der Erkenntniß, welche aus diesem Satze spricht, die slavischen Stämme sich lange verschließen? Wie die Politik des Nix-Deutsch von dem ungarischen Minister zurückgewiesen wird, ebenso sollte sie auch von den nationalen Führern diesseits der Leitha abgelehnt werden. Auch die nationale Eigenart der slavischen Stämme, ihre sprachliche Entwicklung, ihre Gleichberechtigung steht unter dem Schutze der Verfassung und ist ihnen vom Reiche gewährleistet. Sie haben nichts zu befürchten, auch wenn sie die Jugend in der Liebe für die deutsche Sprache heranziehen, die auch ihnen eine bessere Pflege der Nationalkultur ermöglichen, welche auch sie befähigen wird, dem Staate wirksamere Dienste zu leisten und an seinen Aufgaben lebhafter mitzuwirken. Viele düstere Erinnerungen, viele traurige Kämpfe erscheinen vergessen, verflungen und vergehen, indem die Worte des Grafen Csaky ertönen und bei der Mehrheit des Hauses Beifall und Zustimmung erwecken konnten. Nunmehr tritt die Gegenwart mit all ihren Forderungen in ihre Rechte und Ungarn soll nicht hinter derselben, soll nicht hinter einer geistigen Leistungsfähigkeit zurückbleiben, welche die Sicherheit der Monarchie erfordert, deren Kraft und innere Stärke ia zugleich die Bürgschaft für Ungarns Gedeihen und Zukunft bilden. Aber wie in Ungarn endlich die Einsicht zu ihrem Rechte gelangt ist und wie dort ein Mann erkannte, welcher den Muth gefunden hat, sie zu verkünden, so wird hoffentlich die Wahrheit auch in die nationalen Lager Oesterreichs ihren Einzug halten, und sie wird auch da die Männer finden, welche, dem Weisheit

(Fortsetzung folgt.)

des Grafen Esaky folgend, die chauvinistische Politik des „Nir-Deutsch“ unter den Klunder vergangener Kampfperioden werfen werden.“

Italien.

Rom, 11. Jan. Die Kammer ist auf den 28. d. M. einberufen.

Frankreich.

Paris, 11. Jan. Der Ministerpräsident Floquet ertheilte heute einer Deputation von Aktionären der Panama-Kanalgesellschaft die erbetene Audienz. Eine bestimmte Zusage über die Stellung der Regierung gegenüber den Schwierigkeiten des Kanalunternehmens gab Floquet nicht. Er erklärte, die Regierung verfolge mit dem lebhaftesten Antheil das Geschick der zahlreichen Franzosen, die in diese Angelegenheit verwickelt seien; sie sei jedoch infolge der Stellung, welche die Vereinigten Staaten von Nordamerika durch den bekannten Beschluß des Senats zu der Frage genommen, genöthigt, die größte Zurückhaltung zu bewahren. — Im Senat wurde heute die Wahl des vierten Vicepräsidenten vorgenommen. Dieselbe fiel auf den früheren Minister Tirard. Nachdem somit das Bureau des Hauses vollständig geworden ist, richtete der gestern zum Präsidenten gewählte Senator Leroyer eine Ansprache an den Senat. Er dankte zunächst für das Vertrauen, das ihm durch seine Wiederwahl vom Senat bewiesen worden sei. Je größer die Schwierigkeiten für die Leitung der parlamentarischen Geschäfte geworden seien, um so ehrenvoller sei das verantwortliche Amt des Vorsitzenden. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die wichtigen Vorlagen bezüglich der Heeres- und der Arbeitergesetzgebung, die dem Senat bevorstünden, und sprach die Hoffnung aus, eine rasche und unbefangene Thätigkeit der Versammlung aus. Natürlich fehlte es in der Rede auch nicht an einem Seitenhieb auf den Boulangerismus und auf die radikalen Bestrebungen zur Verkürzung der Befugnisse des Senats. Leroyer sagte, der Senat werde, wenn es gilt, seine Freiheiten zu verteidigen, das Vorbild derjenigen nicht aus den Augen verlieren, die sie vor einem Jahrhundert erstritten haben. Nachdem der Präsident noch mitgetheilt hatte, daß der Senator Brun (Vertreter des Bar) sein Amt niedergelegt hat, vertagte sich das Haus bis Montag.

Das „Journal des Débats“ fährt, unbeirrt durch die Angriffe anderer republikanischer Blätter, fort, bei der bevorstehenden Erziehungswahl im Seine-Departement Wahlenthaltung zu empfehlen. Das Blatt beschäftigt sich in einer seiner letzten Nummern mit dem Wahlaufruf des republikanischen Kandidaten Jacques und bekämpft bei dieser Gelegenheit die dem Kandidaten freundliche Haltung der Opportunisten. Es sagt, das Wahlmanifest des Herrn Jacques sei nicht demüthig, niemand zu verleugnen und nicht zu sagen; nur gegen den Clerikalismus habe der Kandidat eine Lanze gebrochen, was dem Herrn Ferry und dessen Freunden nicht besonders gefallen haben könne, da sie vor vierzehn Tagen noch die Nothwendigkeit des religiösen Friedens betont haben. Doch um die Empfindlichkeiten der Herren Opportunisten brauche sich Herr Jacques nicht zu kümmern; sie hätten noch vier Tage vor dem republikanischen Kongress erklärt, daß sie nicht mitthun würden, wenn ein Mitglied der autonomistischen Mehrheit des Pariser Gemeinderaths aufgestellt werden sollte, nun aber sich doch Herr Jacques, der zu dieser Mehrheit gehört, mit Begeisterung angeschlossen. Dies sei übrigens nichts Erstaunliches, man sei es bei den Opportunisten gewohnt; ersichtlich sei nur, daß dieselben im Bunde mit den Radikalen sich jetzt am „Journal des Débats“ reiben wollen, weil es selber nicht so charakterlos sei. Es (das „J. des Débats“) wolle weder die caesarische Republik Boulangers, noch die Jakobiner-Republik des Herrn Jacques, weder die caesarische, noch die Jakobiner-Republik sei die Republik, für welche das „Journal des Débats“ gegen den 16. Mai (im Jahre 1877) mit den anderen Republikanern eingetreten sei, und die gemäßigte und haushälterische Republik werde es nicht verrathen, um für die des Herrn Jacques durch Empfehlung der Wahl desselben einzustehen; das wäre Verrat an der Republik.

Belgien.

Brüssel, 10. Jan. Heute ist hier eine Schrift ausgegeben worden, die sich „Programm der nationalen Politik“ nennt, die kommerzielle, koloniale und militärische Lage Belgiens bespricht und die Herstellung einer Staatsflotte, die Mitwirkung der belgischen Nation an dem Congowerte, die Einführung der persönlichen Willkürdienenpflicht und die Erhöhung des Heereskontingents fordert. Die Staatsflotte, deren letzte Spur seit 27 Jahren verschwunden ist, wird als nöthig bezeichnet für die Hafenpolizei, für die Rekrutierung der Handelschiffe, für den Schutz der Fischerei und des belgischen Handels in wilden oder halbwildem Ländern und zur Stärkung des Ansehens der Konsulatsbeamten. Die Kosten werden auf 6 1/2 Millionen Francs veranschlagt. Die Schrift macht Aufsehen, da man der „Kön. Ztg.“ zufolge meint, daß der ungenannte Verfasser sich den Ansichten des Königs anschließe.

Niederlande.

Amsterdam, 10. Jan. Nach Berichten, die dem Wiener „Fremdenblatt“ aus Amsterdam über die Krankheit Sr. Majestät des Königs Wilhelm aus zuverlässiger Quelle zugehen, ist das Befinden des hohen Kranken ein stationäres und relativ sogar beruhigendes. Seit dem letzten heftigeren Anfall seines chronischen Leidens vor drei Monaten hat sich der physische Zustand Sr. Majestät kaum geändert. Vor einem Monate ungefähr schwebte man allerdings in großen Sorgen, indem ein von der chronischen Erkrankung ganz unabhängiges Halsleiden und peinliche Schling- und Athembeschwerden auftraten; doch gelang es damals, die Gefahr zu bannen. Seither ist als neue Erscheinung nur zu verzeichnen, daß die gewöhnlichen Schmerzen in den letzten Tagen etwas heftiger auftreten. Daß man aber in dieser Erscheinung keine unmittelbare Gefahr erblickt, geht am besten aus dem

Umstande hervor, daß der königliche Leibarzt aus dem Haag, wo er seinen Wohnsitz hat, auch jetzt, wie immer, nur einmal wöchentlich nach der königl. Residenz kommt.

Großbritannien.

London, 11. Jan. Eine Depesche der „Times“ aus Sansibar bringt folgende Nachrichten aus Süd-Myanza vom 11. November: Im Oktober beschloß Mwanga, König von Uganda, die Vernichtung seiner sämtlichen arabischen Leibwachen; er wollte sie auf einer kleinen in einem See gelegenen Insel dem Hungertode preisgeben. Die Leibwachen wurden von diesem Anschlag unterrichtet und weigerten sich, die für sie bereit stehenden Boote zu besteigen. Sie kehrten zurück und machten einen Angriff auf den Palast des Königs Mwanga. Der König versuchte zu fliehen, wurde jedoch von den Arabern in Magu gefangen. Die Leibwachen erhoben Kiowa, einen älteren Bruder Mwanga's, auf den Thron. Kiowa übertrug die hervorragendsten Ämter an Christen. Infolge dessen erhoben sich die Araber, tödteten viele der neuen Beamten und vergaben deren Posten an Muselmänner. Hierauf zerstörten sie alle englischen und französischen Missionsgebäude. Die Missionäre entkamen; sämtliche retteten sich nach Usambiro. Die Araber richteten ein beleidigendes Schreiben an den englischen Gouverneur nach Usambiro, in welchem sie frohlockten von ihrem Triumph in Uganda berichteten und die Ausrottung aller Missionäre in Mittelafrika ankündigten, als Rache für die englische Politik gegen den Sklavenhandel. Uganda sei ein muslimännisches Königreich geworden.

Rußland.

St. Petersburg, 11. Jan. Se. Maj. der Deutsche Kaiser hat seinem russ. Regiment Wiborg Fahnenbänder verliehen. Die Bänder tragen die Daten der Ernennung des Kaisers zum Chef des Regiments und der Vorbereitung desselben durch Kaiser Wilhelm vor Kaiser Alexander bei der jüngsten Zusammenkunft in St. Petersburg. Die Bänder sind schwer in Gold und Silber gefertigt und wahre Kunstwerke deutscher Handfertigkeit.

Ueber die persischen Eisenbahnen schreibt man der „Petersburger Zeitung“: Während Persien noch keine einzige Eisenbahnlinie besitzt und zahlreiche Studien, unternommen von Kapitalisten verschiedener Nationen, alle zu nichts geführt haben, fährt Europa raslos fort, sich mit der persischen Eisenbahnfrage zu beschäftigen. Die riesigen Eisenbahnbauten Nordamerikas erwecken nur ein mäßiges Interesse. Wenn es sich aber um Persien handelt, dann genügt bereits ein unausführbares Eisenbahnprojekt, um eine cause célèbre abzugeben. Dafür liegt aber auch Persien in Asien und hat Rußland und England zu Nachbarn. England ist ja bekanntlich der Nachbar eines jeden Landes auf der Erde, mit Ausnahme der Schweiz, welche keine Küste hat. Eisenbahnen, welche dem Exporte vortheilhaft sind, begünstigen selbstverständlich in hohem Grade den Import, und daher müssen besonders die ersten Eisenbahnen Persiens sowohl für Rußland als für England von Belang sein, für uns die nach dem Norden, für England die nach dem Süden gerichteten. Der Persische Meerbusen, welcher das Vordringen des englischen Handels nach dem Norden begünstigt, hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Dampfschiffahrt hat seit 1880 die Transportkosten per Meer, und zwar besonders für die großen Entfernungen erheblich reduziert. Die Getreideproduktion Kaliforniens, Indiens und Australiens ist dadurch auf dem europäischen Markte heimisch geworden, und durch dieselbe Ursache hat bei uns das Schwarze Meer seinen Exportation auf Kosten desjenigen des Baltischen Meeres erweitern können. Der Frachtunterschied zwischen unseren Häfen an der kaspischen Schwarzmeerküste und denjenigen Persiens am Persischen Golfe kann also jedenfalls nicht sehr erheblich sein, während gleichzeitig die Entfernung aus dem centralen Persien nach unseren Schwarzmeerküsten viel größer als nach dem Golfe ist, und der Landtransport, sei es auch per Eisenbahn, folgt theuer. Selbst bei einem so äußerst niedrigen Tarife, wie es Kov. pro Rud und Berst, beträgt z. B. die Eisenbahntracht für die 800 Werst von Baku nach Poti so viel, wie die gewöhnliche Seefracht von Poti nach London für 8000 Werst. Es ist dadurch erklärlich, daß gewisse Waarengattungen unseres eigenen Verkehrs zwischen unseren kaspischen und Schwarzmeerküsten die Zwägige Seereise um ganz Europa den direkten Eisenbahnen vorziehen. Es genügt also nicht zu wollen, um den englischen Verkehr zu verhindern, von dem Persischen Meerbusen aus nach dem Norden vorzudringen, wie ihm übrigens ungeheure Landstriche des südlichen Persiens einfach gehören. Aber wie unvortheilhaft auch dem gegenüber unsere Chancen beim ersten Anblick erscheinen mögen, so sind sie doch in Wirklichkeit äußerst günstig. In Persien, wie in allen anderen Ländern, wo es die Natur nicht geradezu zur Unmöglichkeit gemacht hat, sind es die vom Äquator entferntesten belegen Landestheile, welche den Schwerpunkt des Landes bilden. Das — man vergehe uns den Ausdruck — lebendige Persien erstreckt sich als ein breiter Gürtel längs unserer Südgrenze von Afghanistan bis zu den türkischen Besitzungen. Von dieser langen Strecke gehört das östliche Ende mit dem Handelszentrum Mesabed, dank der geographischen Lage, unserem Rayon an. Um so mehr das dem Schwarzen Meere so nahe gelegene westliche Ende mit Tabris als Verkehrszentrum. Die Konkurrenz, um die es sich gegen England handeln kann, kann sich also nur auf das centrale, zwischen dem kaspischen Meere und dem Persischen Meerbusen belegene Persien, mit den beiden Centren Teheran und Isfahan beziehen.

Serbien.

Belgrad, 11. Jan. Nach einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ statten sämtliche hiesige Vertreter der Großmächte im Auftrage ihrer Regierungen dem König Milan Glückwünsche zum glücklichen Abschluß der Verfassungsänderung ab. — Es verlautet, die vorläufige Weiterführung der Geschäfte durch das Ministerium Christitsch solle bis Mitte Februar dauern; es sei aber möglich, daß der Außenminister Michael Boghitschewitsch wegen persönlicher Gründe sogleich aus dem Kabinete austrete.

Bulgarien.

Sofia, 11. Jan. Die Bischöfe von Barna, Braga und Tirnowa kehrten der Anordnung der Regierung folgend, in ihre Diözesen zurück. (Ueber die Differenzen zwischen der Regierung und der Synode, welche die erstere

veranlaßt haben, die Sitzungen der Synode zu schließen, haben wir schon gestern berichtet. Die Regierung erklärt, daß die Synode nicht dem Gesetze entsprechend zusammengesetzt sei, weil drei Bischöfe noch nicht das gesetzliche Alter erreicht haben. Die letzteren sind daher aufgefordert worden, sich in ihre Diözesen zurückzugeben, und dieser Befehl ist gleichzeitig dem Erzbischofen in Konstantinopel mitgetheilt worden. Mgr. Simeon erklärt dagegen, daß die Regierung Unrecht habe, da die Synode schon im Jahre 1886 genau in derselben Zusammenfassung wie jetzt getagt habe, ohne daß die Minister etwas einzuwenden hätten.)

Amerika.

Washington, 12. Jan. (Tel.) Der amerikanische Generalkonsul auf Samoa, Sewell, wurde heute von dem Ausschusse des Senats für auswärtige Angelegenheiten in geheimer Sitzung vernommen. Er sagte, er erwarte mit der nächsten Post aus Samoa Nachrichten über weitere Konflikte der Deutschen mit den Eingeborenen, da das Blutvergießen die Lage grünlich veränderte. Wenn nicht beachtet werde, dem Deutschen Reiche die Kontrolle über die Inseln gänzlich einzuräumen, würden die Mächte entscheidende Schritte ergreifen müssen. Der deutsche Druck sei gänzlich verantwortlich für die augenscheinliche Entzweiung der Eingeborenen. Der Generalkonsul betonte die Wichtigkeit, mindestens die Neutralität der Inseln aufrecht zu erhalten.

Montevideo, 11. Jan. Die Mitglieder des südamerikanischen Kongresses sind heute hier zusammengetreten, um Vorbereitungen für die Herstellung eines Gesetzbuches des internationalen Privatrechts zu treffen. Die Versammlung unterzeichnete einstimmig eine Akte, worin das literarische Eigentum anerkannt wird, und beauftragte den spanischen Gesandten Arellano, der spanischen Regierung die Einzelheiten des Vertrags zu übermitteln.

Afrika.

Kairo, 11. Jan. Nach einer Veröffentlichung der Schuldenkasse erreichte der Reserwefond mit Neujahr 1889 die Höhe von 520 000 ägyptischen Pfund. Wahrscheinlich werde sich eine weitere erhebliche Vermehrung herausstellen, wenn die Rechnungen für 1888 abgeschlossen sein werden.

Zeitungsstimmen.

Das „Deutsche Tageblatt“ nimmt bei Gelegenheit der Wahlprüfungen im Reichstage zu folgender an die freisinnigen gerichteten Vorklatschung Veranlassung: „Wenn die Fortschrittspartei heute herkommt und den Schein erwecken will, daß sie allezeit nur mit Gründen operirt und ebenso das Geld, den schändlichen Wommon, wie die demüthigsten Beeinflussung der Wähler verabscheut habe, so liegt sie. Keine Partei hat in gleichem Maße seit Jahren auf die Unwissenheit der Mehrzahl der Wähler in politischen Dingen spekulirt wie die Fortschrittspartei. Keine Partei hat in gleichem Maße die Unwissenheit der Wähler bewußtmaßen schände ausbeutet, wie die Fortschrittspartei, und keine Partei hat in der Verunglimpfung der Regierung und der nationalen Parteien so ungläubliches geleistet, wie dieselbe Fortschrittspartei. Daß diesem seit Jahren bis in's kleinste ausgebildeten System der fortschrittlichen Wahlmanoeuvres gegenüber die Stellung der Gegner eine unheimlich schwierige ist, liegt auf der Hand. Wir haben aber die feste Zuversicht, daß, ebenso wie der Ausgang der letzten deutschen Landtagswahlen die Legende von der Wahlbeeinflussung der Regierung zerbrochen hat, die nächsten Reichstagswahlen die dumme Fiktion in die Versenkung befördern werden, in welche sie gehört, daß die Wahlen zum deutschen Reichstag im Februar 1887 nur durch eine Aengstigung der Wähler vor allen möglichen Kriegsgefahren zu Stande gekommen seien und dadurch die Fortschrittler aus der Stellung im deutschen Parlament verdrängt worden wären, die sie bis dahin unbedeutenderweise einnahmen.“

Der „Hannoversche Courier“ erhält aus Berlin eine Zuschrift über den Fall Gessien, an deren Schluß es heißt: „Der so berechtigte Wunsch, daß Gessien's Name sowie seine That von der Tagesordnung verschwinden möge, wird sich voraussichtlich sobald nicht erfüllen. Demüthig oder ungewußt hat er Verbrechungen begiut, die, obwohl nicht unbefangt, durch die Untersuchung erst voll enthüllt worden sind und welche in das helle Licht der Öffentlichkeit gestellt zu sehen die Nation ein Recht hat. Derartige Dinge sind wenig erfreulich, aber dem politischen Körper eines großen Volkes ist es nur dienlich, wenn eine Stelle, an welcher sich böse Säfte gesammelt haben, noch rechtzeitig zum Aufbruch und zur Heilung gebracht wird. Der Fall Gessien und Alles was daran hängt, will nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet sein, so sehr den kleinen Geistes auch an der tendenziösen Ausbeutung gelegen ist: er hat nur noch geschichtliches Interesse, denn er lehrt uns die Zeit verstehen, die wir sorgenvoll durchlebt haben.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. Januar.

Nach vorläufiger Ermittlung haben bei der gestern stattgehabten Erziehungswahl im 7. badischen Reichstagswahlkreise Stimmen erhalten:

	v. Bodman	Reichert	Ged
Rehl	4 993	119	51
Oberkirch	759	1959	197
Offenburg	2 525	5 636	969
	8 277	7 714	1 217

* Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt“ für das Großherzogthum Baden Nr. 2 vom 12. Januar enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums der Finanzen, die Erhebung der Branntweinsteuer in den Zollauschlussgebieten betr.

* Das „Verordnungsblatt der Domänenverwaltung“ Nr. 5 vom 31. Dezember 1888 enthält eine Verordnung, die Bezugseinerichtung in domänenärztlicher Baupflicht unterliegenden evangelischen Kirchen betreffend, und Dienstaufträge. — Ernannt wurde: Hofkassaplanck Dr. Heinrich Schwarz in Bruchsal zum Dienstverwalter der Bezirksforsterei Graben in Bruchsal; Finanzpraktikant Max Heilmann bei der Obereinkünfteverwaltung in Bruchsal zum Hauptsteueramt Bahr

verlegt und zu dessen Nachfolger Finanzpraktikant Emil Müller, 3. St. bei der Domänenverwaltung Mannheim, ernannt; Finanzpraktikant Dominik Person, 3. St. erster Gehilfe bei der Domänenverwaltung Bruchsal, wurde auf sein Ansuchen aus dem Dienste der Finanzverwaltung entlassen; der ehemalige Dienstverweiser der Bezirksforstlei Markdorf, Forstpraktikant Ludwig Heinefetter, wurde zum Dienstverweiser der Bezirksforstlei Ettlingen ernannt und die erste Gehilfenstelle bei der Domänenverwaltung Tübingen dem Finanzpraktikanten Julius Stuber, zunächst unter Belassung desselben in der Eigenschaft eines übergeordneten Gehilfen, übertragen. Buchhalter Franz Braun, 3. St. erster Gehilfe bei der Domänenverwaltung Tübingen, wurde in gleicher Eigenschaft zu der Domänenverwaltung Bruchsal verlegt.

(Dem Verein badischer Lehrerinnen) wurde zur Gründung eines Lehrerinnenheims von Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin ein Betrag von 100 M., von Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Elisabeth ein solcher von gleicher Höhe und von Frau Gräfin von 50 M. zugewendet. Zum nämlichen Zwecke hat Herr Georg Seimbürger dem Verein durch Herrn Stadtschreiber Kängin eine Summe von 200 M. zufließen lassen.

□ Mannheim, 11. Jan. (Städtisches. — Arbeiterwohnungen.) Die demnächst stattfindende Wahl eines zweiten Bürgermeisters gestaltet sich zu einer die ganze Bürgerschaft interessierenden Frage und es ist trotz des einstimmigen Beschlusses der zur Nominierung eines geeigneten Kandidaten berufenen Kommission zweifelhaft, ob der vorgeschlagene Bewerber die Mehrzahl der Stimmen der Mitglieder des Bürgerausschusses erhalten wird. Von mancher Seite wird der Einwand erhoben, daß der nominirte Kandidat Norddeutscher ist und es wünschenswerth erscheine, einen Mannheimer zum Bürgermeister zu wählen. Der Stadtrath hat in seiner gestrigen Sitzung beschloffen, den Termin zur Vornahme der Wahl auf Montag, den 21. d. M., festzusetzen. Wir unterlassen es, an dieser Stelle die Namen der in Aussicht genommenen und zur engeren Wahl gestellten Bewerber zu nennen, bis sich der Bürgerausschuß schlüssig gemacht haben wird. — Eine in ganz Deutschland lebhaft besprochene und in einzelnen Gegenden versuchsweise durchgeführte Angelegenheit, die Errichtung von Arbeiterwohnungen für mäßigen Preis, soll auch in unserer Stadt demnächst praktisch in Angriff genommen werden. In der Schweiginger Vorstadt, wo sich eine ganze Anzahl größerer Fabrikkomplexe befindet und der Zufluß der Arbeiter naturgemäß ein bedeutender ist, soll durch Freilegung eines zwischen der Keppeler- und Wallstraße gelegenen Terrains Raum für die Errichtung einiger von privater Seite zu errichtenden Arbeiterhäuser geschaffen werden. Jedes dieser Häuser wird für 6 Familien eingerichtet und jeder Familie eine geräumige Wohnung von 2 Zimmern und Küche zugewiesen werden. Selbstverständlich müßte der Preis ein solcher sein, daß er von den Arbeitern ohne zu große Entbehrungen getragen werden könnte.

□ Freiburg, 10. Jan. (Fortbildungsschule für junge Kaufleute. — Neujahrsgratulationen. — Volksschule. — Untersuchung des Brunnenwassers. — Sterblichkeitsstatistik. — Vorträge.) Der Stadtrath hat ein Statut zur Errichtung einer städtischen Fortbildungsschule für junge Kaufleute ausgearbeitet, welches dem in nächster Woche zusammentretenden Bürgerausschuß zur Beratung vorgelegt werden soll. Nach der Motivirung des Stadtraths hat man hier längst erkannt, daß ein großer Theil der aus der Lehre austretenden Kaufleute nicht jenen Grad der Ausbildung in den spezifisch kaufmännischen Fächern besitzt, welcher von einem Geschäftsmann verlangt werden muß. Die in Folge dessen errichteten Privatschulen haben sich nicht als ausreichend erwiesen; der Stadtrath hält daher den Zeitpunkt für gekommen, in welchem auch dieses wichtige Unterrichtsgebiet durch die Gemeinde in Verwaltung zu nehmen ist, indem er von der Ansicht ausgeht, daß nur die Gemeinde im Stande sei, die gerade hier so notwendige Stetigkeit der Entwicklung zu gewährleisten. — Die Entbehrungen an Stelle der Neujahrsgratulationen haben dieses Jahr die erhebliche Summe von 1125 M. ergeben, von welcher Summe für die Armenzuzüge 300 M. aufgewendet werden sollen, während 500 M. der Weidmanns-Helbing'schen Stiftung zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für arme Kinder, und 334 M. dem Armenfond zur freien Verwendung zugewiesen werden. — An Stelle des verstorbenen Direktors der Volksschulen, Professor Brugier, hat der Stadtrath Herrn Reallehrer Kaltenbach an der hiesigen Realschule bei Groß- Oberkirch in Vorschlag gebracht. — Eine chemische Untersuchung der hiesigen Brunnenwasser hat die gute Qualität sämtlicher Wasser ergeben. Den ersten Rang nimmt dabei das Wasser der neuesten Leitung oberhalb Pöschel ein. — Im abgelaufenen Jahre sind hier 1035 Personen gestorben, darunter 193 Ortsfremde, welche in Anstalten verstorben sind; es verblieben demnach noch 842 Fälle von hiesigen Einwohnern. Nimmt man die Einwohnerzahl der Stadt nach niedrigster Schätzung auf 43 000 an, so ist das Ergebnis 19,5 Todesfälle auf 1000 Einwohner; dasselbe ist als ein ganz günstiges zu bezeichnen. — Im Akademischen Verein wird heute Abend Herr Dr. Münsterberg einen Vortrag über Gedankenübertragung halten.

7. Aus dem Wiesenthal, 11. Jan. (Brandfall.) Letzten Sonntag brach in Herrnschwand zur Mittagszeit auf bisher noch unaufgeklärte Weise ein Brand aus, der zwei große Wohn- und Wirtschaftsgebäude bis auf den Grund in Asche legte. Acht Familien mit zusammen 33 Köpfen wurden dadurch obdachlos. Der Schaden beläuft sich gegen 40 000 M. Zwei der Beschädigten sind mit Gebäudemittel und Fahrnissen, zwei weitere nur mit erhemer, alle übrigen gar nicht versichert.

□ St. Petersburg, 11. Jan. (Die Akademie der Wissenschaften) wählte zu korrespondierenden Mitgliedern die Professoren A. Kundt und Edward Suchan in Berlin, sowie Adolf Engler und Martin Herz in Breslau.

□ (Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 12. Jan. (Privattelegramm.) Gestern fand bei den Kaiserlichen Majestäten eine musikalische Abendunterhaltung statt, wozu 70 Einladungen ergangen waren. Derselben wohnten Ihre Königl. Hoheiten der Großherzogin und die Großherzogin, sowie der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden bei. Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin begaben sich heute Mittag nach Potsdam, um die dort anwesenden Fürlichkeiten und anderen hohen Herrschaften zu besuchen.

Berlin, 12. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht als Zeugniß dafür, wie weit die Intentionen des Kaisers Friedrich von der Richtung der Opposition des Fortschritts und der freisinnigen Partei abweichen, ein Handschreiben Kaiser Friedrichs an den Reichskanzler, gelegentlich des 50. Jahrestags von dessen Eintritt in die Armee, d. d. Charlottenburg, 25. März 1888, das besagt:

Ich gedenke mit Ihnen, lieber Fürst, der heute abgelaufenen fünfzig Jahre, welche verstrichen, seitdem Sie in das Heer eintraten, und freue mich aufrichtig, daß der Gardejäger von damals mit so viel Zufriedenheit auf dieses abgelaufene halbe Jahrhundert zurückblicken kann. Ich will mich heute nicht in lange Auseinandersetzungen über die staatsmännlichen Verdienste einlassen, welche Ihren Namen für immer mit unserer Geschichte verflochten, aber das Eine muß ich hervorheben: daß wo es galt, das Wohl des Heeres, seine Wehrkraft und Schlagfertigkeit zu vervollkommen, Sie nimmer fehlten, den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Somit dankt Ihnen das Heer für die erlangten Segnungen, die es niemals vergessen wird, und an der Spitze desselben der Kriegsherr, der erst vor wenigen Tagen berufen wurde, diese Stellung nach dem Heimgang dessen einzunehmen, der vorausgesetzt das Wohl der Armee auf dem Herzen trug. Ihr wohlgeleiteter Friedrich.

Berlin, 12. Jan. Ein Extrablatt des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht die Verlobung des Prinzen Friedrich Leopold mit der Prinzessin Luise von Schleswig-Holstein.

□ Berlin, 12. Jan. (Privattelegramm.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Graf Bismarck, gab gestern ein größeres Diner, zu dem unter anderen Persönlichkeiten die Botschafter Oesterreich-Ungarns, Großbritanniens und der Türkei, sowie der brasilianische, der schweizerische und der holländische Gesandte, außerdem der Kriegsminister erschienen waren.

Berlin, 12. Jan. Im Reichstag begründete Abg. Baumbach heute seinen Antrag auf Einführung von Gewerbegerichten. Der Bundesbesollmächtigte Lohmann erwiderte, die frühere Erklärung des Ministers v. Bötticher, daß die Regierung den Gewerbegerichten prinzipiell nicht abgeneigt sei, sei auch heute noch zutreffend. Daß bei ortstatutarischen Gewerbegerichten sich große Ungleichheiten ergeben, habe nichts Bedenkliches. Die Regelung der Angelegenheit erweise aber gegenüber den wichtigeren gesetzgeberischen Arbeiten betreffs des Wohls der Arbeiter, durch welche Aufgaben die Gewerbegerichte ohnehin eine wesentliche Verminderung erführen, weniger dringlich.

Dr. Hartmann (konj.) sprach gegen den Antrag Struckmann (nat.-lib.), Hise (zent.) und Bebel (soz.) für denselben. Staatsminister v. Bötticher wies den Vorwurf Bebel's zurück, daß die Regierung in der vorliegenden Frage eine arbeitserfindliche Stellung einnehme, und vindizierte dem Bundesrath dasselbe Recht, eine eigene Meinung in dieser Sache zu haben wie der Reichstag. Prinzipiell widerstrebe die Reichsregierung keineswegs, aber die behauptete hohe Dringlichkeit der Regelung sei unangerechtfertigt. Er sei gern bereit, den Antrag im Bundesrath zu unterstützen, besser wäre es indessen, die verschiedenen Schiedsgerichte erst einige Zeit wirken zu lassen, um das wahre Bedürfnis zu erkennen.

Abg. Klemm (konj.) hielt die obligatorische Regelung gegenwärtig nicht für dringlich. Dr. Windthorst sprach für den Antrag und verlangte vor allem Feststellung der Arbeiterzuzugsverhältnisse. Bebel beantragte, die Gewerbegerichte obligatorisch zu machen. Da der Antrag nicht genügend unterstützt wurde, wurde darauf der Antrag Baumbach gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Nächste Sitzung Dienstag: Etat des Auswärtigen Amtes, Eisenbahnverwaltung, Post, Telegraphen und Reichsdruckerei.

□ Berlin, 12. Jan. (Privattelegramm.) Die Bundeskommision des Reichstages beschloß in heutiger Sitzung eine Resolution, wonach die verbündeten Regierungen zu eruchen sind, in Erwägung zu ziehen, ob bezüglich der Tabaksteuer nicht eine Erleichterung in der Form der Steuererhebung und eine Ermäßigung der Steuerfüße eintreten könne.

□ Berlin, 12. Jan. (Privattelegramm.) Sicherem Vernehmen nach ist die Vorlage, betreffend die Bekämpfung des Sklavenhandels in Ostafrika, heute an den Bundesrath gelangt.

Hannover, 12. Jan. Wie der „Kurier“ meldet, sind von dem hiesigen Artilleriedepot zwölf leichte Geschütze der reitenden Artillerie mit Munition ohne Bedienung und Bepannung nach Gesehmünde verladen worden, um morgen zur Verwendung nach Deutsch-Ostafrika verschifft zu werden. Die Geschütze werden der Wilmann'schen Kolonialtruppe zugetheilt.

St. Petersburg, 12. Jan. Das Exposé des Finanzministers zum Reichsbudget pro 1889 schreibt die Möglichkeit, das letztere zu einem günstigen Resultat zu führen, vornehmlich der aufrichtig friedliebenden Politik des Kaisers zu, welche jede Veranlassung zu einem Zusammenstoß mit auswärtigen Mächten beseitigt. Das Exposé betont die Bedenklichkeit, Anleihen aufzunehmen, empfiehlt die außerordentlichen Ausgaben einzuschränken und sich mit den verfügbaren Mitteln zu begnügen. Das Exposé nimmt Bezug auf den Sturz des Rubelkurses in den letzten Jahren und erklärt ihn durch die blinde Feindseligkeit der ausländischen Presse und unvernünftige Spekulation. Ein Theil der russischen Werthpapiere ging nach Holland und Frankreich, wo die ökonomische Lage Rußlands günstiger aufgefaßt wurde. Der größte Theil der Papiere wurde Rußland zurückverkauft, dadurch wurde eine bedeutende Summe russischer Schuldverschreibungen aus dem Umlaufe gebracht. Um neuen Verkäufen von russischen Werthen auf ausländischen Börsen und einer eventuellen russischen Mißernte begegnen zu können, berechnet der Finanzminister den Werth der Goldrubel für das Reichsbudget 1889 mit 170 Kreditopeken.

Belgrad, 12. Jan. Der König empfing heute Mittag den neuernannten französischen Gesandten Patrimonio im Beisein des Ministers Wiatomitsch. In den beiderseitigen Ansprachen wurde der Wunsch nach Aufrechterhaltung der freundschaftlichen und herzlichen Beziehungen beider Länder zu einander hervorgehoben. Gestern empfing der König eine Deputation der hiesigen israelitischen Gemeinde, welche für die durch die neue Verfassung den Israeliten gewährte Gleichberechtigung dankte.

Berantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

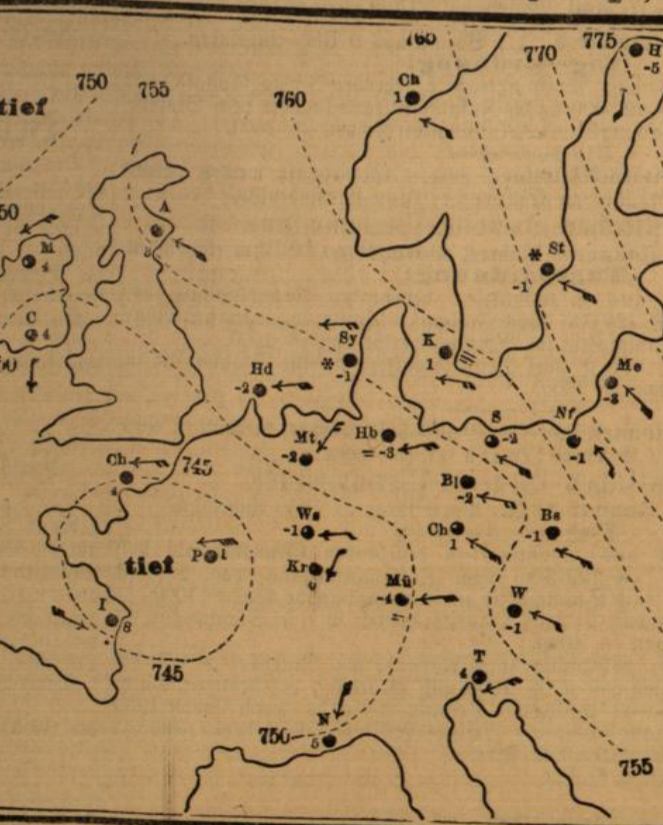
Kamiliennachrichten.
Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 7. Jan. Elisabetha Wilhelmina, B.: Wilh. Dorr, Schmieb. — 9. Jan. Hermann August, B.: Herm. Schröder, Maler.
Todesfälle. 12. Jan. Wolf Schwerin von Wertheim, Kaufmann in Frankfurt a. M., mit Rosa Willmannsdörfer von hier.
Todesfälle. 11. Jan. Wilhelm Haushälter, Chem., Schuhmacher, 49 J. — Marie, We. v. Geiger Karl Weigant, 52 J. — Karl Wunsch, led., Installateur, 33 J. — Lina, 3 M. 1 J., B.: Aug. Weisbrod, Tagelöhner. — Josef Neuenstein, Chem., Lokomotivführer a. D., 57 J. — 12. Jan. Luise, 11 M. 17 J., B.: Karl Augenstein, Tagelöhner.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchte in %	Wind.	Himmel.
11. Nachts 9 u.	742.2 + 0.4	4.2	89	NE	bedeckt	
12. Morgs. 7 u.	737.5 + 0.1	4.0	87	"	"	
12. Mittags 2 u.	737.5 + 2.2	4.2	79	"	"	

Wasserstand des Rheins. Wagan, 12. Jan., Morgs. 2, 26 cm, gefallen 2 cm.

Wetterkarte vom 12. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das barometrische Maximum im Nordosten des Erdtheils hat sich noch weiter verdrückt (Moskau 789 mm); zugleich ist eine Depression über Westfrankreich aufgetaucht. Dieser Luftdruckvertheilung entsprechend ist fast ganz Mittel-europa bei trübem Himmel östliche Winde, unter deren Einfluß die Temperatur in Westdeutschland wieder unter den Gefrierpunkt gesunken ist; im Osten dagegen hat der Frost nachgelassen.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 12. Januar 1889.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
4% Deutsche Reichsbahn	219.25	Staatshahn	85 1/2
4% Preuss. Konf.	109.10	Lombarden	175.40
4% Baden in R.	103.-	Elbthal	171 1/2
4% in M.	105.05	Medlenburger	149.-
Deferr. Goldrente	93.90	Mainzer	109.40
Silberrent.	69.80	Lübeck-Wich.-Ob.	172.60
4% Ungar. Goldr.	85.60	Gottthard	132.50
1877r. Russen	100.30	Wechsel a. Amstd.	168.90
1880r.	87.60	London	20.39
11. Orientanleihe	64.60	Paris	80.60
Italiener	96.30	Wien	168.57
Ägypter	84.50	Napoleonsdor	16.13
Spanier	72.80	Privatdiskonto	2 1/2
Serben	83.70	Bad. Zuckerrabrik	96.60
Kreditaktien	261.75	Alkali Westereg.	—
Disconto-Kommandit	229.30	Kreditaktien	261 1/4
Basler Banker.	174.50	Staatshahn	219 1/4
Darmstädter Bank	171.80	Lombarden	85 1/2
5% Serb. Hyp. Ob.	86.90	Tendenz: fest.	—

Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	168.20	Kreditaktien	310.80
Staatshahn	109.50	Marktnoten	59.27
Lombarden	43.10	Ungarn	101.55
Dist.-Kommand.	232.20	Tendenz: still.	—
Laurahütte	139.40	Paris.	—
Dortmunder	98.70	8% Rente	82.90
Marienburg	89.20	Spanier	73.-
Böhm. Nordbahn	—	Ägypter	425.-
Tendenz: —	—	Ottomane	536.-
		Tendenz: —	—

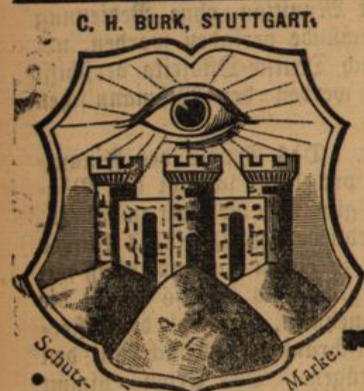
Witterung folgt.)

Unter dem Protektorat Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise von Baden.

Konservatorium für Musik in Karlsruhe.

Neue Kurse aller Fächer beginnen am 15. Januar 1889.
Für die theoretischen Fächer und für das musikalische Diktat können Hospitanten zugelassen werden.
Für Aufnahme in die Vorbereitungsclassen sind musikalische Vorkenntnisse nicht erforderlich.
Das Honorar beträgt für das Unterrichtsjaht in den Oberklassen M. 250, in den Mittelklassen M. 200 und in den Vorbereitungsclassen M. 100 und ist in zweimonatlichen Raten pränumerando zu entrichten.
Austritte sind 6 Wochen vorher anzugeben.
Anmeldungen sind zu richten an den Direktor Heinrich Ordenstein, Fischstraße 61.
Der Prospect des Konservatoriums ist gratis und franco zu beziehen durch die Direktion, die Musikalienhandlungen der Herren **Wirt, Oscar Laffert Nachf., Schuster**, sowie durch die Hof-Pianosortefabrikanten Herren **Gebrüder Trau und L. Schweisgut** in Karlsruhe, woselbst auch nähere Auskunft erteilt wird.
Die Direktion: Heinrich Ordenstein.
Sprechstunde täglich von 9-10 Uhr.

R. 974.3.



C. H. BURK, STUTTGART.

Prämirt: Brüssel 1876, Stuttgart 1881, Porto Alegre 1881, Wien 1883.

Burk's Arznei-Weine.

Von vielen Ärzten empfohlen. In Flaschen à ca. 100, 250 und 500 Gramm.
Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit zum Kurgebrauch.
Burk's Pepsin-Wein. (Pepsin-Essenz) Verdauungs-Flüssigkeit, dienlich bei schwachem oder verstopftem Magen, Sodbrennen, Verschleimung, bei den Folgen übermässigen Genusses von Spirituosen etc. In Flaschen à M. 1. - M. 2. - und M. 4. 50
Burk's China-Malvasier. ohne Eisen. süss selbst von Kindern gern genommen. In Flaschen à M. 1. - M. 2. - und M. 4. -
Burk's Eisen China-Wein. wohlschmeckend und leicht verdaulich. In Flaschen à M. 1. - M. 2. - und M. 4. 50
Man verlange ausdrücklich Burk's Pepsin-Wein Burk's China-Wein u. s. w. und beachte die Schutzmarke, die jeder Flasche beigelegte Beschreibung sowie meinen auf jeder Etiquette befindlichen Namenszug.
Detail-Verkauf nur in Apotheken.
L. H. Burk
T. 63.1.

Zu haben in den Apotheken.

Griechische Weine.

T. 49.1. Vorzügliche Tisch-, Süss- u. Krankenweine.
1 Kiste mit 12 grossen Flaschen in 12 Sorten
19 Mark.
J. F. Menzer,
Neckargemünd.
Ritter des Kgl. Griech. Erlöserordens.

G. L. DAUBE & Co.
CENTRAL-ANNONCEN-EXPEDITION
der deutschen u. ausländ. Zeitungen
FRANKFURT A. M.
BERLIN, HAMBURG, LEIPZIG etc. etc.
Billigste und prompte Beförderung
ANZEIGEN
in alle Zeitungen aller Länder.
AUSNAHMSPREISE
bei grösseren Aufträgen.
ANNONCEN-MONOPOL
für viele holländ., belg., italien. etc. Zeitungen.

Bureau in Karlsruhe: Schlossplatz 20. T. 71.1.



Normal-Schulbänke
in 8 verschied. Gattungen, nach neuesten Anforderungen der Schulhygiene u. Pädagogik. Allen Gemeinden und Lehranstalten dringend empfohlen!
Billigste Preise. Franco-Lieferung.
Prospecte gratis.
Carl Elsasser, Schulbankfabrik
Schönan bei Heilbrg.

Für Notare und Gemeinden.

T. 423.2. Ein im gesammten Geschäftsbereich der Notare eingearbeiteter Mann in den besten Jahren, tüchtiger Rechnungsführer, mehrjähriger Gehilfe bei Gerichtsnotaren der grössten Bezirke, sucht zum alsbaldigen Eintritt eine Stelle bei einem Notar einer grösseren Stadt mit gutem Einkommen, oder bei einer grösseren Gemeinde als Gehilfe der Grund- u. Pfandbuchführung bezw. als Rathschreiber. - Offerten sind an die Expedition dieses Blattes erbeten unter N. G. 5.

Commis

sofort Stelle als Verkäufer, derselbe muß aber seine Lehre in einem Eisenwaaren-Geschäfte beendigt haben.
Offertbriefe C. H. 4 besperrt die Expedition dieses Blattes.

T. 85. Ein im Rechnungswesen, beziehungsweise Grund- und Pfandbuchführung, sowie im Notariatsfache wohlbewandelter Mann sucht Beschäftigung unter bescheidenen Ansprüchen. Durlach, Mühlburg und Ettlingen nicht ausgeschlossen. Anträge sehr erwünscht, wenn auch nur als Nebenverdienst.
Offerten zu richten an die Expedition dieses Blattes.

Baupläge-Versteigerung.

Die Eigenthümer eines Theils des bisherigen Marktgräf. Palais-Gartens, gegenüber vom Hauptbahnhof gelegen, lassen am **Montag dem 14. Januar d. J., Nachmittags 3 Uhr,** auf dem Bureau, Spitalstraße Nr. 37, nachstehende 9 Baupläge öffentlich versteigern, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Aufschlagspreis oder mehr geboten wird.
Das zur Versteigerung kommende Anwesen umfaßt in der Kriegsstraße gegenüber dem Hauptbahnhof bis zum Mittelportal 5 Baupläge und in der neu projektierten Straße zwischen Krieg- und Spitalstraße vorläufig 4 Baupläge, letztere mit freier Aussicht in den Palais-Garten.
Etwas Liebhaber wollen sich wegen Zufindung eines Situationsplanes und den äußerst günstig gestellten Zahlungsbedingungen an das Baugeschäft **Hölzer u. Weber** hier, Spitalstraße Nr. 37, wenden.

Die Frankfurter Bank

übernimmt
Werthpapiere zur Verwahrung und Verwaltung (Offene Depots)
unter den im Reglement festgesetzten Bedingungen; sie besorgt hiernach:
die Abtrennung und Einziehung der Zins- und Dividenden-Coupons, die Entgegennahme von Hypothekenzinsen, die Controle über Verloosungen und den Incasso verlooster, resp. rückzahlbarer Papiere, den Bezug neuer Couponsbogen oder definitiver Stücke, die Beforgung angeschriebener Einzahlungen und Ausübung von Bezugsrechten nach vorher erhaltenem Auftrage und Einzahlung der erforderlichen Geldebeträge;

ferner: den An- und Verkauf von Werthpapieren, sowie alle mit der Anlage und Verwerthung von Kapitalien verbundenen Manipulationen.

Das Reglement, sowie die zur Deponirung erforderlichen Formulare sind von der Bank unentgeltlich zu beziehen.
Frankfurt a. M., im Januar 1889.

Direction der Frankfurter Bank.

T. 4.2. Die Herren Stamm-Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu einer im Direktionsgebäude zu Emmendingen stattfindenden **außerordentlichen General-Versammlung** auf **Mittwoch den 30. Januar d. J., Vormittags 9 Uhr,** eingeladen.
Tagesordnung:
1. Verabfolgung des aus Stammactien bestehenden Grundkapitals von M. 180 000 auf M. 120 000 durch Zusammenlegung von je fünf Stammactien in eine Stammactie im Nominalwerthe von M. 1000.
Die Herren Prioritäts-Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu einer im Direktionsgebäude zu Emmendingen stattfindenden **außerordentlichen General-Versammlung** auf **Mittwoch den 30. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr,** eingeladen.
Tagesordnung:
a. Verabfolgung des aus Stammactien bestehenden Grundkapitals von M. 180 000 auf M. 120 000 durch Zusammenlegung von je fünf Stammactien in eine Stammactie im Nominalwerthe von M. 1000.
b. Zusammenlegung von je zwei Prioritätsactien in eine Stammactie im Nominalwerthe von M. 1000.
Die Gesamt-Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu einer im Direktionsgebäude zu Emmendingen stattfindenden **außerordentlichen General-Versammlung** auf **Mittwoch den 30. Januar d. J., Vormittags 11 Uhr,** eingeladen.
Tagesordnung:
a. Verabfolgung des aus Stammactien bestehenden Grundkapitals von M. 180 000 auf M. 120 000 durch Zusammenlegung von je fünf Stammactien in eine Stammactie im Nominalwerthe von M. 1000.
b. Zusammenlegung von je zwei Prioritätsactien in eine Stammactie im Nominalwerthe von M. 1000.
c. Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von Maximal M. 479 000 neuer Stammactien von je M. 1000 und Begebung der neuen Stammactien al pari sowie theilweise Deduction derselben durch Einwirkung der Beteiligungen am **Rami Loure** seitens der Unternehmer bezw. Zeichner.
d. Aenderung der Statuten und Firma.
e. Renewal des Aufsichtsraths.
Emmendingen, den 5. Januar 1889.

Der Aufsichtsrath
der Hanf-, Interspinnerei und Bindfadensabrik.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Kaiser-Wilhelm-Passage 5, parterre.

T. 72. **Kaiser-Panorama.**
6. Serie:
Rom mit Innenansichten des Vaticans. Neapel. Ausgrabung von Pompeji. Vesuv, Lavafeld u. Krater.
Entrée 30 Pf. Kinder 20 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Mit jedem Sonntag kommt eine neue Ausstellung.

R. 855.5. Gegründet 1826.

G. C. Kessler & Cie.

Esslingen,
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs von Württemberg, Lieferant Ihrer Kaiserl. Hoheit der Herzogin Wera, Großfürstin von Rußland.
Lieferant Sr. Durchlaucht des Fürsten von Hohenzollern, Kaiserl. Hoflieferant in Elsaß-Lothringen.
Beste deutsche Schaumwein-Kellerei.
Feinstes Sekt.
Alleinige Niederlage und Verkauf zu Original-Fabrikpreisen bei **J. B. Klingele, Nachf.,** Karlsruhe, Amalienstraße 71, Ecke Leopoldstraße.

Wiesenthal-Eisenbahn-Gesellschaft.

In Ausführung des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 29. Dezember 1888 haben wir eine Abschlagszahlung an die Tit. Aktionäre von **Mt. 680.** in deutscher Reichswährung pr. Aktie festgesetzt, welche von heute an gegen Hinterlage der Aktien und Coupons pr. 1. März 1889 und folgenden in **Vorrath** bei der **Kreis-Hypothekbank, in Basel** bei den Herren **Jahn & Cie.** bezogen werden können, welche Zahlstellen für uns den Empfang der Titel bescheinigen werden.
Gleichzeitig haben die Tit. Aktionäre den laut Beschluß der Generalversammlung festgestellten Revers zu unterzeichnen.
Vorrath, 7. Januar 1889.
T. 46.2.
Der Verwaltungsrath.
Sarasin, Präsident.

[S 165]

T. 9.4. Karlsruhe.
Feuer-, Fall- u. einbruch- sähere Geld-, Hücher- und Dokumenten-Schränke empfiehlt **Wih. Weiss** Karlsruhe Erdvringstr. 24

T. 41.2. Wir suchen e. Vertreter f. d. Vert. v. Caffee a. Priv. u. Kräm. Berg. M. 1200. la. Def. erf. F. Lüding & Co. Hamburg.

Bürgerliche Rechtspflege.
Bekanntmachung.
T. 502.1. Nr. 151. Jahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsmanns Karl Meier von Nonnenweier hat das Großh. Amtsgericht Jahr (Baden) Termin zur Anhörung des abwesenden Gemeindeführers über den Antrag seiner Ehefrau auf Vermögensabänderung bestimmt auf **Donnerstag den 28. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr.** Dies wird zum Zweck der öffentlichen Zustellung bekannt gemacht.
Jahr, den 4. Januar 1889.
Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Eggler.

T. 83.1. Nr. 74. Die Großh. Badische Rheinbahn-Inspektion Offenbach bedarf franco Station Rehl ca. 280 qm besten Schiffsstahl und ladet übernahmestüchtige Firmen ein, Muster mit Preisangaben einzusenden.

T. 19.3. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Das Ergebnis an Steinkohlenbeeren aus den Eisenbahn-Waldwerken in Lauda, Dos, Appenweier, Waldsgrut u. Eingen pro 1889 soll in Submissionsweg vergeben werden. Bezügliche Offerten sind schriftlich, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Diensstag den 22. d. Mts., Vormittags 11 Uhr,** anher einzureichen.
Die Bedingungen und Massenverzeichnisse werden auf portofreie Anfrage von uns abgegeben.
Karlsruhe, den 4. Januar 1889.
Gr. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

T. 80. Nr. 74. 149. 293. Die Stelle des II. Gehilfen bei der Domänenverwaltung Emmendingen, verbunden mit einem Jahresgehalt von 1050 Mt., ist alsbald anderweitig zu besetzen. Berechtigte Bewerber haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 7 Tagen bei unterzeichneter Behörde zu melden.
Karlsruhe, den 10. Januar 1889.
Domänenverwaltung.

T. 81. Nr. 171. Die Fürstl. Fürstbergische Ausstattungsgabe für 1889 ist zu vergeben. Die Bürgermeisterräthe der Fürstlich Fürstbergischen Gemeinden werden mit Bezug auf die ihnen mitgetheilte Stiftungsurkunde vom Jahre 1854 ersucht, dieses den zur Bewerbung Berufenen zu eröffnen, damit sie ihre Eingabe mit den vorgeschriebenen Zeugnissen längstens bis **1. März d. J.** bei dem betref. Fürstlichen Rentamten einreichen.
(Mit einer Beilage und einer Extrabeilage der Frankfurter Beisetzern- und Dammens-Fabrik von A. Sedler in Frankfurt a. M.)

T. 87. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Der am 3. Februar 1861 zu Brühl geborne Johann Mauer hat um die Erlaubniß nachgesucht, seinen Familiennamen in "Manhart" umändern zu dürfen. Etwasige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind innerhalb 3 Wochen dahier einzureichen.
Karlsruhe, den 8. Januar 1889.
Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Hoff.

T. 86. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Der am 16. Juli 1867 zu Steinbach geborne Julius Zimmermann hat um die Erlaubniß nachgesucht, seinen Familiennamen in "Schüller" umändern zu dürfen. Etwasige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind innerhalb drei Wochen dahier einzureichen.
Karlsruhe, den 8. Januar 1889.
Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Hoff.

T. 84.1. Die Großh. Rheinbahn-Inspektion Offenbach vergibt **Montag den 29. Januar d. J., Vorm. 10 Uhr,** auf ihrer Kanzlei Steinlieferungen zum Rheinbau, und zwar

920 cbm auf die Lagerplätze bei Nonnenweier und Ottenheim, 430 cbm auf Uferbauten zwischen Rehl und Greftern, 970 cbm auf Uferbauten zwischen Greftern u. Söllingen. Lieferungsangebote sind bis zu genanntem Termin schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift "Steinlieferung" einzureichen. Bedingnisse und Verzeichnisse können hier, sowie bei den Dammmeistern in Ottenheim, freitret und Greftern eingesehen werden.
T. 88.1. Nr. 74. Die Stelle des II. Gehilfen bei der Domänenverwaltung Emmendingen, verbunden mit einem Jahresgehalt von 1050 Mt., ist alsbald anderweitig zu besetzen. Berechtigte Bewerber haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 7 Tagen bei unterzeichneter Behörde zu melden.
Karlsruhe, den 10. Januar 1889.
Domänenverwaltung.